OFFENE LINKE ANSBACH
c/o Bäckergründlein 23, 91522 Ansbach, www.offene-linke-ansbach.de

Pressemitteilung

Ansbach, 11.08.2010

„Mehr Demokratie wagen“
Öffentliche Kontrolle der WEG muss Auftakt der Debatte für Re-Kommunalisierung sein

Kaum ein Jahrzehnt ist vergangen, seitdem die damalige CSU/SPD-Stadtspitze die städtischen Wohnungen verkaufte und die Ansbacher Stadtwerke teilprivatisierte. Die Gewinne aus jenen Geschäften sind längst aufgebraucht, etwa durch den Bau einer Betonpiste durch die Feuchtlach namens Südosttangente. Die Gewinnabführungen der Stadtwerke an die Thüga AG überschreiten inzwischen deutlich den einstigen Verkaufswert. Der Wohlstandsverlust der Privatisierungspolitik für die Ansbacherinnen und Ansbacher lässt sich anhand des städtischen Haushalts sehr gut ablesen.

Gleichzeitig wurde die Ansbacher Wirtschaftsförderung –ebenso wie später die Abwasserbeseitigung- „outgesourcst“. Bar öffentlich-demokratischer Kontrolle werden seit jenen Jahren in Hinterzimmern Weichenstellungen für Ansbach getroffen. Eine öffentliche Debatte über die Standortpolitik Ansbachs ist ebenso schwer möglich, wie über die sechsstelligen Summen an Kosten für Leitungsverlegungen der Stadtwerke zur US-Militärsiedlung am Urlas, die letztendlich die Ansbacher Strom- und Gaskunden tragen werden müssen. Auch OB Carda Seidel, die noch im Wahlkampf 2008 versprach, dass „Privatisierungen auf den Prüfstand“ müssten, setzte die Verkrüppelung der öffentlichen Hand fort und privatisierte 2009 die Reinigung öffentlicher Gebäude.

Ich setze mich nicht nur dafür ein, dass die Daseinsvorsorge der Menschen in unserer Stadt in den Händen der Allgemeinheit liegt, sondern zentrale Zukunftsthemen einer transparenten demokratischen Debatte zugeführt werden können. Zu diesen Themen gehört das Standortmarketing Ansbachs, das durch die Schaffung eines Wirtschaftsausschusses des Stadtrats im Zuge der Wiedereingliederung der Wirtschaftsförderung in die Stadtverwaltung endlich öffentlich diskutiert werden kann. Die Eckpunkte der Offenen Linken sind hierbei klar: Ansbacher Standortpolitik darf nicht Unternehmen, Gewerbeflächen oder das TIZ isoliert betrachten, sondern muss diese in Einklang mit den Menschen unserer Stadt und ihrer Potenziale bringen. Dabei ist insbesondere eine bessere Interaktion mit den 2.500 Studierenden sehr wichtig. Eine Erstwohnsitzkampagne und weitere Ansätze zur Einbindung sind spätestens zum Doppelabiturjahrgang 2011 dringend nötig. Entsprechende Anträge wird die Offene Linke im Stadtrat einbringen.

Das TIZ muss weiterhin jungen Menschen, Studenten und Gründern in der Region die Möglichkeit bieten, in Ansbach unternehmerisch tätig zu werden. Zudem ist auch eine Bereitstellung von Büroinfrastruktur für gemeinnützige lokale Organisationen denkbar, solange in Ansbach Einrichtungen wie ein Bürgerhaus nicht existent sind. Für bestehende Unternehmen im TIZ müssen verstärkt Anreize für Ausgründungen auf städtischen Gewerbeflächen geboten werden, etwa mittels kommunaler Kredite oder Bürgschaften. Darüber hinaus setzt sich die Offene Linke für eine ganzheitliche Imagekampagne der „Dachmarke Wirtschaftsstandort Ansbach“ ein, die Emotionen transportiert und überregional wirkt. Eine Kampagne, die herausarbeitet für welche zukunftsfähigen Branchen und Unternehmen Ansbach interessant ist und einschlägig gezielt innerhalb der Branchen wirbt.

Die Potenziale der Hochschule, insbesondere in den Bereichen erneuerbare Energien sowie Neue Medien und Kommunikation, müssen genutzt werden, um die Studierenden und Absolventen langfristig an Ansbach binden zu können.
Grundsätzlich werde ich in der in Zukunft möglichen öffentlichen Debatte hinsichtlich Wirtschaftspolitik in Ansbach dafür eintreten, dass die Wirtschaftsförderung daran arbeitet, dass auch auf kommunaler Ebene alles Wirtschaften den Menschen dient. Eine weitere Förderung der Leiharbeitsbranche in Ansbach ist mit der Offenen Linken nicht zu machen. Vielmehr müssen Unternehmerinnen und Unternehmer, die Löhne zahlen, von denen die Beschäftigten auch selbstständig leben können, verstärkt unterstützt werden.

Die Wiedereingliederung der Wirtschaftsförderung in die Stadtverwaltung ist ein richtiger Schritt. Für die Offene Linke kann dieser Schritt nur der Auftakt sein zu einer Debatte über die Re-Kommunalisierung in Ansbach. Der „WEG in Verwaltungshand“ muss mittelfristig „Stadtwerke zurück in Bürgerhand“ folgen. Ich hoffe, dass der „linke Flügel“ im Stadtrat, aus dem SPD und Grüne einer transparent-öffentlichen Konstruktion der Wirtschaftsförderung leider die Stimme versagten, zukünftig Wegbereiter anstatt Bremsblock für eine Rückkehr der Daseinsvorsorge in die Hand der Allgemeinheit werden kann.

Für die Behebung der gravierenden Fehler aus dem Zeitgeist der Privatisierung lohnt es, auch in Form längerer Stadtrats- und zusätzlicher Ausschusssitzungen, „mehr Demokratie in Ansbach zu wagen“.

gez.
Boris-André Meyer
Stadtrat Offene Linke Ansbach e.V.
Aufsichtsrat Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Ansbach mbH